

# HÄNDE WEG VON LIBYEN!

© Freies Netz Süd

Der UN-Sicherheitsrat hatte unlängst beschlossen, sich militärisch in die inneren Angelegenheiten Libyens einzumischen. Die BRD-Regierung hatte sich bei der Abstimmung nur halbherzig mit einer Stimmenthaltung von den noch größeren Imperialisten Frankreich, Großbritannien und USA distanziert. Dennoch trägt auch die BRD die Wirtschaftssanktionen gegen Libyen mit. Zudem haben Merkel und Westerwelle die anderen Westmächte mit dem unmoralischen Angebot beschwichtigt, daß sie sich künftig mehr als bisher an der Niederhaltung der Afghanen beteiligen wollen. Das Terrorbombardement - auch gegen die Zivilbevölkerung - hat in Libyen bereits begonnen. Laut der heuchlerischen UN-Resolution sollten aber gerade zivile Opfer vermieden werden. Als deutsche Nationalisten verurteilen wir den Imperialismus der BRD-Regimes, Frankreichs und Großbritanniens. Wir stellen hierzu fest:

- Das Argument der sogenannten Westlichen Wertegemeinschaft, Sanktionen und militärische Gewalt seien alleine schon aufgrund des autoritären und korrupten Charakters des Gaddafi-Regimes zu rechtfertigen, lassen wir nicht gelten. Sonst müßten die westlichen Scheinmoralisten nämlich gegen so ziemlich alle Systeme der islamischen Welt und Afrikas militärisch vorgehen.
- Im übrigen gibt es auch in Deutschland, Österreich und anderen Ländern des „freien Westens“ Menschen, die wegen bloßer Meinungsäußerungen – etwa zur jüngeren Zeitgeschichte – im Gefängnis sitzen. Vielleicht sollte Gaddafi diese um die Freiheit ihres Volkes kämpfenden Menschen befreien?
- Die Korruptionsvorwürfe gegen den Gaddafi-Clan sind zumindest einseitig. Darüber hinaus ist es doch bemerkenswert, daß viele Milliarden des Ölreichtums beim normalen Volk ankommen. Unter Oberst Gaddafi haben die Libyer das höchste Prokopfeinkommen Afrikas, ein passables Sozialsystem, die Analphabetenrate – vor allem unter Frauen – ist in den letzten Jahrzehnten spürbar zurückgegangen. Bei Libyen handelt es sich heute um eine „Entwicklungsdiktatur“, die – im ganzen gesehen – Volk und Land, gerade in der Schaffung von Massenwohlstand und Verbesserung der Infrastruktur weit voran gebracht hat.

www.freies-netz-sued.net

- Ebenso dürfen die mit den USA verbündeten Saudis in das Nachbarland Bahrain einmarschieren, um dort die Regierung zu unterstützen, die auf friedliche Demonstranten schießen läßt. Genauso zeugt es von Doppelmoral, daß der Westen im Falle Ägyptens zu keinem Zeitpunkt über militärische Intervention debattiert hatte, obwohl auch Mubarak auf friedliche Demonstranten hatte schießen lassen. Schließlich konnte sich der Westen lange genug auf den damaligen ägyptischen Staatspräsidenten Mubarak verlassen, der mit Milliarden US-Dollar bestochen wurde, damit er den für die Palästinenser ungerechten „Friedensvertrag“ mit Israel mitträgt. Scheinbar unterscheidet das amerikanisch-zionistisch-europäische Lager zwischen „guten“ und „bösen“ orientalischen Despoten.

- Gaddafis Gewalt gegen Oppositionelle und unbotmäßige Stämme ist sicherlich aus Sicht der Opfer und ihrer Familienangehörigen beklagenswert; dies kann aber für eine um Objektivität bemühte deutsche Position keine Rechtfertigung für wirtschaftliche Sanktionen und militärische Interventionen sein. Davon abgesehen, daß die Einrichtung einer „Flugverbotszone“ mit zivilen Bombenopfern und der Intervention von fremden Bodentruppen verbunden sein wird, so gilt für uns deutsche Idealisten nach wie vor der Leitspruch Hegels: „Ein Staat soll sich nicht in die inneren Angelegenheiten des anderen mischen.“

- In Libyen gibt es heute einen Bürgerkrieg zwischen Gaddafi-Feinden und Gaddafi-Anhängern. Die westliche Propaganda, Gaddafi schieße gegen sein eigenes Volk, spiegelt nicht die volle politische Wirklichkeit in dem nordafrikanischen Land wider. Nach wie vor ist völlig unklar, welche politische Ordnung die Gaddafi-Gegner anstreben. Unter ihnen befinden sich ostlibyische Stammeskrieger, die den Westlibyer Gaddafi ablehnen. Ebenso gehören zu den Aufständischen solche Protagonisten, die offen für eine militärische Intervention des Westens eintreten. Hinzu kommen islamistische Strömungen, die keinesfalls für mehr Bürger- und Frauenrechte stehen – als diese heute in Libyen gewährt werden.



<http://sachedesvolkes.wordpress.com/>  
<http://www.freies-netz-sued.net/>